



Der Wald Deutschlands im Klimawandel

Bewertung des nationalen Waldgipfels und Forderungen zum
Umgang mit der Waldkrise

Pierre L. Ibisch / Jörg Sommer



Prof. Dr. Pierre L. Ibisch Stellv. Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Umweltstiftung, Mitherausgeber des JAHRBUCH ÖKOLOGIE, Professor für Naturschutz an der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberwalde, Gründungsdirektor des Centre for Economics and Ecosystem Management.



Jörg Sommer Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Umweltstiftung, Mitherausgeber des JAHRBUCH ÖKOLOGIE, Mitglied zahlreicher umweltpolitischer Gremien, Kommissionen und Jurys.

Der Wald Deutschlands im Klimawandel

Bewertung des nationalen Waldgipfels und Forderungen zum Umgang mit der Waldkrise

Die hitze- und dürregetriebene Waldkrise in Deutschland erreichte ihren nationalen Gipfel, und endlich ist wieder Herbst. Inzwischen gibt es viele Tage, an denen nicht in allen Medien über den Wald und seinen Zustand berichtet wird. Endlich erscheint es akzeptabel, dass sich das Laub der Bäume verfärbt und zu Boden fällt. Es beginnt die Pause für die Natur, aber auf den Waldflächen entfaltet sich allenthalben forstliche Aktion. Erst im nächsten Jahr wird dann offensichtlich sein, wie viele Bäume durch den Doppelschlag der Extrem-sommer 2018 und 2019 tatsächlich geschädigt wurden. Leider ist davon auszugehen, dass das Problem deutlich größer sein wird, als bis es bis vor kurzem absehbar war.

Genauso werden dann die Schäden erkennbar, die massive Kalamitätshiebe auf Flächen in ganz Deutschland verursacht haben. Denn in ganz Deutschland wurden und werden geschädigte Bestände im Namen der Waldgesundheit kahlgeschlagen, wird das sogenannte Schadholz wie gefährlicher Müll aus dem Wald entsorgt. Dies geschieht selbst in Naturschutzgebieten. So wird noch mehr Schaden angerichtet, als ohnehin schon vorhanden.

Die Aktionen der Politik, aber auch der Waldwirtschaft erscheinen hektisch, ja teilweise panisch. Blinder Aktionismus ist in der Politik und der Ökonomie gefährlich. In der Ökologie ist er fatal. Denn ein schon angegriffenes Ökosystem durch die zusätzliche Beeinträchtigung von Böden und der biologischen Vielfalt massiv zu schädigen, geht sehr schnell. Die Befahrung und Räumung einer Fläche passiert in Tagen. Es entstehen Flächen, die sich stark erwärmen und austrocknen, und auf denen Resthumus verloren geht. Eine Erholung kann Generationen dauern, wenn sie überhaupt möglich ist.

Bisheriger Höhepunkt der politischen Bemühungen war der erste nationale Waldgipfel am 25. September 2019 in Berlin. Dieser Waldgipfel könnte den bisherigen ökologisch teilweise unverantwortlichen Umgang mit dem Wald in Deutschland weiter zementieren. Die konventionelle ‚Forstwirtschaft‘ mit ihren wissenschaftlichen und politischen Wortführern zeigt keine Kritikfähigkeit und keinerlei selbstkritische Reflexion. Noch vor wenigen Jahren lautete das von Fachbehörden und auch Forstwissenschaftlern untermauerte Credo des Bundeslandwirtschaftsministerium „Dem Wald geht es gut“¹. Angeblich sollten die Daten der Bundeswaldinventur 2012 diese Aussage unterstützen. Die schon seit längerem deutlich werdenden Risiken wurden ignoriert, entsprechende öffentlich vorgetragene Warnungen abgelehnt. Auch auf Ebene von Ländern wurden die gleich lautenden Parolen ausgegeben (z.B. „Sachsens Wald geht es gut“, 2017²).



Harvester in Kiefernforst

¹ z.B. Ende 2014: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/dem-wald-geht-es-gut-411722>

² <https://www.blick.de/sachsen/sachsens-wald-geht-es-gut-artikel-10084121>; <https://www.smul.sachsen.de/waldzustandserhebung-zeigt-auch-2017-sachsens-wald-geht-es-gut-24228.html>

Weiterhin werden Kritiker, die sich gegen gewisse Praktiken der Forstwirtschaft wenden bzw. vor deren ökologische Folgen warnen, der Ideologie bezichtigt, angefeindet und ausgegrenzt. Die Legitimität von ‚nichtforstlichen‘ Perspektiven wird nicht anerkannt. Existierende Konflikte werden verschärft, es werden keinerlei Perspektiven für eine angemessenen Austausch von Positionen und die Partizipation der Zivilgesellschaft im Waldmanagement eröffnet.

Dieses Papier will Schwächen der aktuellen Vorgehensweise und einen Weg aufzeigen der zur Beantwortung der derzeitig zentralen Fragen beschränkt werden muss: Was ist zu tun, um den Wald gemäß seiner gerade im Klimawandel herausragenden ökologischen Bedeutung zukunftsfähig zu machen? Welcher konzeptioneller, wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Ansätze bedarf es, um dieser Krise gerecht zu werden?

Die aktuelle Lage der Wälder in Deutschland

Nach zwei Dürre-Sommern mit jeweils einer sehr hohen Zahl von Hitzetagen und etlichen Temperaturrekorden sind in etlichen Regionen die Bodenwasserspeicher völlig aufgebraucht, und es zeigen sich diverse Schadsymptome, die unterschiedliche Baumarten betreffen. Besonders stark ist die forstlich wichtige Fichte geschädigt worden. Die gestressten Bäume, die überwiegend in gepflanzten Monokulturen wachsen – viele bereits durch Kalamitäten wie etwa Stürme vorgeschädigt – werden massiv von Borkenkäfern befallen und sterben ab. Selbst anspruchslose und trockenheitsangepasste Kiefern zeigen Trocknisschäden und werden gegen Insektenfraß empfindlich. Vor allem ältere Birken sind verbreitet von Absterben betroffen. In den ausgetrockneten Nadel-

holzforsten in Nordostdeutschland breiteten sich Waldbrände in Rekordausmaß aus. Aber auch naturnähere Laubmischwälder sind von witterungsbedingten Schädigungen betroffen. Vor allem bei Buchen breitet sich in besonders trockenen Regionen eine komplexe Schadenssymptomatik aus. In Extremfällen sind die Bäume innerhalb kürzester Zeit abgestorben, weil der Saftstrom in den Leitungsbahnen zum Erliegen kam. Zudem scheinen vielerorts *Phytophthora-Pilzinfektionen* beteiligt zu sein und auch Käferfraß. Während dichte und dunklere Bestände dem extremen Wetter bis in den Spätsommer recht gut trotzten, traten massivere Schäden vor allem an Waldrändern und in durch forstliche Nutzung und Steuerung stark aufgelichteten Beständen auf.

Das Ausmaß der Schäden und die Verwundbarkeit der verschiedenen Wälder ergeben sich aus der Kombination von Empfindlichkeit der Baumarten, der Stärke der Wetterextreme sowie der kleinräumigen Standortbedingungen. Wo starke Humusverluste im Boden zu beklagen sind, starke Sonneneinstrahlung bis auf den Waldboden gelangt und kühlend-wasserspeichernde Strukturen wie Totholz verloren gegangen sind, wird es für jegliche Baumarten schwierig. Natürlicherweise extreme Standortbedingungen wie etwa Südwestexposition auf Kalkstein zeigen verständlicherweise die stärkste Betroffenheit.

Die Betroffenheit von Wäldern lässt sich zudem nicht angemessen verstehen, ohne den landschaftlichen Zusammenhang und die Nutzungsgeschichte zu berücksichtigen. Die Austrocknung der sich stark erwärmenden Agrarlandschaft in der Nachbarschaft von Wäldern und die Entwässerung von Wäldern und Feldern sind hierbei von zentraler Bedeutung.

Betroffenheit von Forstbetrieben, forstliche Reaktionen und Ansätze

Die auftretenden Schädigungen betreffen alle Waldbesitzarten, in besonderem Maße jene, in denen in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten noch nicht in die Abkehr von Monokulturen und die Entwicklung von Laubmischwäldern investiert wurde. Dazu gehören viele Betriebe, die auf eine stärkere Industrialisierung sowie eine entsprechend kosteneffiziente Waldbehandlung und Holzernte gesetzt haben. Die industrialisierte Waldbewirtschaftung kennzeichnet sich u.a. durch Anlegen von sehr einfach strukturierten Plantagen, die Reduktion von Arbeitskräften und manuellen Arbeitsschritten, den Einsatz von Maschinen und die Anpassung der forstlichen Infrastruktur (v.a. Wege und Rückegassen) an den Maschineneinsatz. Vielerorts haben Förster aber auch in Risikomanagement investiert und vor Jahren die Entwicklung von widerstandsfähigeren und resilienteren Wäldern begonnen. In diesem Zusammenhang spielen das Wildtiermanagement und die Förderung der Regeneration von Laubbäumen eine wichtige Rolle. Oftmals fallen nunmehr dort die größten volkswirtschaftlichen Kosten an, wo Waldbesitzer zuvor besonders stark auf erwerbswirtschaftliche Holznutzung fokussiert waren.

Die Räumung von sogenanntem Schadholz auf von Kalamitäten betroffenen Flächen richtet weitergehende Schäden an. Das leichtfertige und übereilte Begründen von neuen Beständen mit exotischen Baumarten bedingt ökologische und ökonomische Risiken. Schon jetzt zeigt sich mancherorts, dass die Praktiken der herkömmlichen Wiederaufforstung scheitern. So drohen auch volkswirtschaftliche Verluste, während die kostenlosen Selbstheilungs- und Wiederbewaldungskräfte der Waldökosysteme reduziert oder gar konterkariert werden.

Waldgipfel mit hohen Erwartungen

Eines ist unstrittig: Die aktuelle Situation der Wälder Deutschlands ist kritisch. Es war angemessen, einen nationalen Waldgipfel einzuberufen. Denn wir brauchen die Formulierung von strategischen Ansätzen auf Grundlage einer umfassenden interdisziplinären und den aktuellen Wissensstand reflektierenden Diagnostik sowie der breiten Beteiligung von relevanten Akteursgruppen. Es geht um die Einleitung von Prozessen, um das Geschehene besser zu verstehen und die Waldbewirtschaftung besser auf aktuelle und zukünftige Maßnahmen vorzubereiten. Erforderlich ist eine Analyse dessen, was es für die Stärkung der gestressten Waldökosysteme und die Entwicklung von zukunftsfähigen und mehr oder weniger klimawandelresilienten Wäldern braucht.

Die Erwartungen an den nationalen Waldgipfel am 25. September 2019 waren vielfältig und mindestens so groß wie der Begriff ‚Gipfel‘. Doch leider hatte die Veranstaltung nicht den Charakter eines Gipfels, bei dem verschiedene relevante und kompetente Akteure an einem runden Tisch zusammenkommen und Positionen und Wissen austauschen, um hernach über ein strategisches Programm zu entscheiden oder zumindest eine solche Entscheidung durch die politisch Verantwortlichen qualifiziert vorzubereiten. Diese Gelegenheit wurde versäumt. Allein das Format war völlig ungeeignet und einer vermeintlichen Wissensgesellschaft mit jahrhundertelanger waldbezogener Wissenschaftstradition geradezu unwürdig:

Simulierte Diskurse auf einem Gipfel der Unverbindlichkeit

Die Veranstaltung wurde von Akteuren des Bundeslandwirtschaftsministeriums organisiert und dominiert; das Umweltministerium konnte – auch wegen der Abwesenheit von Ministerin Schulze – nicht deutlich machen, dass es sich bei den Wäldern nicht

allein um eine zu bewirtschaftende Naturressource, sondern vor allem auch einen bedeutenden Anteil der menschlichen Umwelt mit entscheidender ökologischer Bedeutung handelt.

Die Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz Prof. Beate Jessel trug dies zwar in ihrer Rede vor, aber es blieb für den Verlauf der Veranstaltung und die Ergebnisse folgenlos. Bemerkenswert, dass ein Positionspapier des Bundesumweltministeriums am Rande der Veranstaltung auf den Kaffeetischen auslag, nicht aber Teil der Tagungsunterlagen waren, die bei Registrierung ausgegeben wurden.

Das Bundesamt für Naturschutz hatte zudem ein eigenes, mit wissenschaftlicher Literatur unterfüttertes Positionspapier zur Waldsituation vorgelegt³. Dieses wurde weder vorgestellt, noch offiziell ausgelegt. Diese Schrift wurde zudem – genau so wenig wie andere Verlautbarungen des BMU einschließ-

lich der von Prof. Jessel vorgetragenen Rede – bis heute nicht auf der offiziellen Seite des Waldgipfels eingestellt⁴. Eine Reihe von zivilgesellschaftlichen Gruppierungen wie etwa die Umweltverbände hatten unterschiedliche Mitteilungen und eigene Positionspapiere vorgelegt. Auch diese wurden vom BMEL nicht zur Kenntnis genommen und nicht der Materialsammlung zum Waldgipfel hinzugefügt. Die eigentlichen Ergebnisse standen vor dem Waldgipfel fest und wurden bereits am Vortag des Gipfels vom BMEL als Eckpunktepapier veröffentlicht⁵. Es gab am Tag des Waldgipfels keine Diskussion dieses Papiers, und er war bezüglich des konkreten weiteren Vorgehens völlig ergebnislos.

Der sogenannte Gipfel sollte offenkundig dem Zwecke dienen, die Positionen des BMEL bekanntzugeben und zu legitimieren. Im Nachhinein kann behauptet werden, man habe sich mit hunderten von Akteuren versammelt und die vorgelegten Ideen diskutiert. Die Moderation der Veranstaltung lag nicht in der Hand eines neutralen Moderators, sondern eines involvierten Akteurs (Dr. Schütte, Geschäftsführer der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe), was auch durch Einleitung und Kommentierung von Wortbeiträgen deutlich wurde.

Kein wissenschaftlicher Input aus ökologischer Perspektive

Lediglich ein einziger Wissenschaftler kam mit einem Vortrag zu Wort, um die aktuelle Waldsituation einzuordnen: der Leiter der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt und Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirat für Waldpolitik (WBW) des BMEL Prof. Spellmann. In seiner Präsentation sprach er u.a. über den Beitrag der Forstwirtschaft



Mutmaßlich in Folge von Hitze und Trockenheit abgestorbene Kiefer

³ https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/landwirtschaft/Dokumente/BfN-Positionspapier_Waelder_im_Klimawandel_bf.pdf

⁴ <https://www.waldgipfel.de/veranstaltungsunterlagen/>

⁵ https://www.waldgipfel.de/fileadmin/waldgipfel/dateien/presse/bmel_eckpunktepapier_waldgipfel_sept2019_1.pdf

zum Klimaschutz sowie über Klima und Standortbedingungen und fokussierte vor allem auf die Besprechung von Baumarten und die Baumartenwahl in der Forstwirtschaft. Der Wald als (komplexes, sich selbst organisierendes und regulierendes) Ökosystem, die Bedeutung von ökologischen Prozessen und Strukturen für die Resilienz von Wäldern und die Rolle der Bewirtschaftung für die Vulnerabilität von Wäldern kamen – abgesehen von der Erwähnung von angeblich ausschließlich historisch bedingten Monokulturen – nicht vor. Wesentliche Schlussfolgerungen zur Eignung von Baumarten beruhen auf Modellierungsergebnissen, die auf dem Baumwachstumsverhalten in der Vergangenheit und wenigen Klimaparametern beruhen. Die Unbestimmtheit der komplexen Wald-Ökosysteme, die nicht allein unter sich dynamisch und ungewiss entfaltenden klimatischen Veränderungen leiden, sowie die Unsicherheit, die sich daraus ergibt, kamen nicht zur Sprache.

Seminar statt Strategie

In einem zweiten Block des Waldgipfels gab es drei parallele ‚Panels‘. Sie waren so angelegt, dass die Teilnehmer sich in kurzen Wortbeiträgen zu dem vorab festgelegten Oberthema und Leitfragen äußern konnten. Im Panel 1 zur Stärkung des Waldes und zur Baumartenwahl kam es zu einer Diskussion, die an ein Waldbauseminar erinnerte, kaum aber der Tatsache gerecht wurde, dass unter den Teilnehmern u.a. Chefs von Bundesbehörden und Umweltverbänden, Bundestagsabgeordnete, Lobbyisten und Wissenschaftler saßen, die besser in einem offeneren Format über politische Weichenstellungen diskutiert hätten. Die zahlreichen Wortmeldungen wurden mehr oder weniger unvollständig in einigen Dutzend Stichworten auf Flipcharts festgehalten und hernach auf sechs (6!) Forderungen reduziert. Der im Panel vorgetragene Kritik an dem unzulänglichen Format wurde von der Moderation mit der Feststellung begegnet, man habe sich ja nun im Vorfeld für diese Vorgehensweise entschieden.



Bundesministerin Klöckner auf dem nationalen Waldgipfel 2019

Überforderte Umweltverbände?

Die anwesenden Umweltverbände einschließlich des Dachverbands DNR haben nicht gegen das Format des Gipfels und gegen die mangelhaften Partizipations- und Dialogmöglichkeiten protestiert. Sie versäumten auch, solidarisch Protest einzulegen, als in einem kurzen Diskussionsblock nach den Eröffnungsreden der Vertreterin von Robin Wood das Wort entzogen wurde, weil zeitgleich im Saal ein Mahnmal für den Wald vorgestellt werden sollte. Forstakteure im Saal skandierten „Aufhören, aufhören ...“, ohne dass die Moderation einschritt, während der Privatwaldbesitzer Prinz zu Salm-Salm ungehindert seinen emotionalen ‚Wortbeitrag‘ vortragen durfte⁶. Ministerin Klöckner griff Greenpeace wegen eines Tweets während der Veranstaltung frontal an, ohne dass ihr sofort und im Rahmen der Veranstaltung widersprochen wurde. So trugen die Umweltverbände leider letztlich zur Legitimation der Veranstaltung bei, die nicht geeignet war, ihren Positionen einen angemessenen Raum zu geben.

Ökologen als Ideologen denunziert

Die Ministerin Klöckner arbeitete sich in ihren Wortbeiträgen auf dem Waldgipfel sichtlich auch an der

⁶ Zur Art der Argumentation von Salm-Salm vgl. Video auf Facebook vom 27.9.2019: <https://www.facebook.com/chreinhardt/videos/2729343390433153?sfns=mo>

im Vorfeld angebrachten Kritik an ihrem ‚Aufräumen-und-Aufforsten‘-Ansatz ab. Tatsächlich sind alternative Wiederbewaldungsansätze wie das Arbeiten mit Naturverjüngung im Eckpunktepapier erwähnt worden, aber es wurde gleichzeitig auf dem Gipfel nicht versäumt, ökologisch argumentierenden Kritikern regelmäßig das Verfolgen einer Ideologie zu unterstellen. Dabei konnte man sich nicht des Verdachts erwehren, dass diejenigen Akteure, die immerzu für eine ideologiefreie Diskussion plädierten, selbst einer solchen anhängen. Sachlich unbegründete Ideologievorwürfe führen zwangsläufig zur Verhärtung von Fronten. In diesem Kontext wird zu bewerten sein, dass keinerlei vom BMEL unabhängige, kontrastierende Positionen aus der Wissenschaft in Vorträgen vorgestellt werden konnten.

Externe Kritik abgewiesen, reflexive Selbstkritik vermieden

Die Ministerin betonte in ihrer Rede, die Eckpunkte des BMEL-Papiers seien „auf Basis der Empfehlungen der Wissenschaft“ entstanden. Richtig ist, dass sie wohl u.a. auf Empfehlungen eines Teils der Forstwissenschaften beruhen, die vom Dachverband der Forstlichen Forschungsanstalten (DVFFA) organisiert wurden, hingegen keine Bemühungen unternommen wurden, darüberhinausgehende waldökologische Perspektiven einzubeziehen.

Es fällt negativ auf, dass vor allem die Kritik an vergangenen und vorherrschenden Praktiken von etlichen Vertretern der forstlichen Praxis und Wissenschaften als Ideologie aufgefasst wird. So beklagte auch der DVFFA, dass „die diesbezüglichen Diskussionen zunehmend in politische Auseinandersetzungen abgleiten“, die geeignet seien „Konflikte zwischen den Waldeigentümern und anderen am Wald interessierten gesellschaftlichen Gruppen aufzubauen, so dass die notwendigen gemeinsamen Anstrengungen zur Bewältigung der gegenwärtigen Kalamitäten und zur weiteren Entwicklung unserer Wälder unnötig erschwert werden“⁷.

Die beklagten, vermeintlich ideologischen Positionen werden nicht allein von Waldökologen und einzelnen Umweltverbänden oder von vermeintlich romantischen Städtern ohne Waldkompetenz vorgebracht, sondern auch von erfahrenen Forstpraktikern, die auf Grundlage ihrer zum Teil jahrzehntelanger Erfahrung und von Sachargumenten gestützte Kritik an überkommenen Praktiken formulieren. Die Haltung, wie sie vom Eckpunktepapier des BMEL sowie auch vom Positionspapier des Dachverbands der Forstlichen Forschungsanstalten reflektiert wird, charakterisiert das wissenschaftliche Klima im Forstsektor sowie die Situation des Wissensmanagements auf Ebene der forstlichen Entscheidungsträger: Externe Kritik wird meist abgewiesen, reflexive Selbstkritik wird vermieden, und eine Verunsicherung durch die vom Klimawandel ausgelösten Extremereignisse wird nicht zugelassen. Es wird nicht analysiert, was das letzte Jahrzehnt der forstlichen Klimawandelanpassungsforschung (nicht) erreicht hat und warum nunmehr alle Akteure von den Ereignissen in den Wäldern überrascht scheinen.

Im DVFFA-Papier gibt es einen Abschnitt „Was wir wissen, und was wir tun sollten“. In diesem Dokument fehlt allerdings der Abschnitt „Was wir nicht wissen, und was wir nicht tun sollten“. Begriffe wie Unsicherheit, Ungewissheit oder Nichtwissen kommen nicht vor. Gleiches gilt für die Waldgipfelrede der Ministerin oder den Fachvortrag von Prof. Spellmann „Eine Monokultur des Denkens“. Es wird nicht begriffen, dass ein Zugeständnis von Irrtümern, Unsicherheit und das Sich-Öffnen für Argumente Dritter Stärke und Kompetenz bedeuten würde. Die Waldkrise hat offensichtlich auch eine epistemologische Dimension, sie ist eine Krise des Umgangs mit waldbezogenem (Nicht-)Wissen.

Aktuelle Informationen zur Waldkrise:
www.waldkrise.de

⁷ Siehe z.B. <https://www.natur-und-landschaft.de/de/news/neues-positionspapier-des-verbands-forstlicher-forschungsanstalten-dvffa-anpassung-unserer-waelder-an-den-klimawandel-intensivieren-1277>

Kampf um Deutungshoheit und um den Wald

Zum einen handelt es sich also bei den beschriebenen Auseinandersetzungen in den waldbezogenen Wissenschaften und in der Forstpraxis um einen Kampf um Deutungshoheit und die damit verbundene Macht. Dabei spielt die Verteidigung und Rechtfertigung der vorherrschenden Ansätze eine Rolle, aber zum anderen ist es auch ein veritabler Kampf um Flächen und Ressourcen. Es geht um Waldbesitzer, die sich in Frage gestellt sehen, und um wirtschaftliche Zweige wie die Sägewerk- oder Forstmaschinenindustrie. Der Kampf um den Wald ist real, aber die Kräfteverhältnisse sind ungleich verteilt. Waldbesitzer, Teile der Industrie, die industrialisierte Forstwirtschaft, und privatwirtschaftlich sowie von Partikularinteressen gelenkte Lobbyisten verfügen über die Waldflächen, die Maschinen, das Forstpersonal und häufig auch direkten Zugang zu Entscheidungsträgern. Ihnen stehen besorgte Bürger*innen, Verbände, Praktiker und Ökologen gegenüber, die zwar am Wald Interesse haben, aber scheinbar keine Rechte.

Es geht um mehr als Ökologie

Die derzeitigen Diskussionen konzentrieren sich stark auf die waldbaulichen und zum Teil auch ökologischen Dimensionen, aber die Problematik hat erhebliche sozioökonomische und soziokulturelle Facetten.

Sowohl die stark ökonomisch getriebene Entwicklung der Forstwirtschaft als auch die bewirtschaftungs- und klimawandelbedingten Veränderungen der Wälder betreffen die gesamte Bevölkerung, die sich zusehends in waldbezogenen Bürgerinitiativen organisiert und zu Wort meldet. Es geht um grundlegende Bedarfe und Ansprüche sowie auch die Verantwortung aller Menschen, denen es nicht egal sein kann, in welcher Umwelt sie leben und welche Ökosystemleistungen zur Verfügung stehen. Im Klima-

wandel ergeben sich auch neue Ansprüche an Wald-ökosysteme, die die gesamte Landschaft betreffen. Kühlung und Landschaftswasserhaushalt sind dabei von zentraler Bedeutung.

Gleichzeitig werfen auch Kosten- und Finanzierungsstrukturen in der Forstwirtschaft Fragen auf. Wenn angesichts zunehmender sturm- und krankheitsbedingter Kalamitäten oder Extremereignissen wie Waldbränden erhebliche Schäden vom Steuerzahler ausgeglichen oder vermieden werden müssen (inkl. Waldbrandprävention, Schädlingsbekämpfung, Wiederaufforstung etc.), müssen wir uns fragen, ob die Strukturen des Risikomanagements sowie die Verteilung von Gewinnen und Kosten angemessen sind. Angesichts der erheblichen Bedeutung der Wälder für das Gemeinwohl stellen sich zudem Fragen der Steuerung von Besitzverhältnissen bzw. der Waldnutzung. Es gilt zu untersuchen, ob gesetzgeberische Instrumente sicherstellen, dass der Sozialpflichtigkeit (und ggf. auch einer Ökologiepflichtigkeit) des Waldeigentums genüge getan wird.



Starkes Auflichten eines vormals geschlossenen Buchenwaldes (Einschlag im Sommer 2018) schwächt die verbleibenden Bäume während Hitzesommer. Auf den austrocknenden Freiflächen gab es 2019 keinerlei Besiedlung durch Krautpflanzen oder junge Bäume (bei Eberswalde, Brandenburg)

Komplexität und Ausmaß der Problematik werden durch die Verknüpfung der Waldkrise mit anderen Sektoren bzw. Bereichen des Ökosystemmanagements erheblich gesteigert. Einflüsse der Landwirtschaft und des Verkehrs auf den Wald, seine Lebewesen und die ökologischen Funktionen spielen hier genauso eine Rolle wie eine Jägerschaft, die vielerorts nicht in der Lage oder nicht willens ist, zur Stabilisierung von Waldökosystemen beizutragen. Der Notwendigkeit der Einbettung der Waldbewirtschaftung in ein übergreifendes Ökosystemmanagement auf Ebene der Gesamtlandschaft wurde in der bisherigen Forstpolitik und auch im Rahmen des Waldgipfels nicht angemessen Rechnung getragen.

Der Wald ist zu wichtig, um ihn den Lobbyisten zu überlassen

Eine Waldpolitik, die all diese Aspekte berücksichtigt, ist komplex, muss mit zahlreichen bequemen Strukturen brechen, mit Wissen und Nichtwissen verantwortungsvoll umgehen und dem Wald in Deutschland endlich die Rolle zubilligen, die es für eine nachhaltige Zukunft braucht: Der Wald der Zukunft ist kein Profitcenter, keine Holzfabrik, kein Jagdwild-

gehege, sondern ein starker, dringend benötigter Verbündeter im Aufbau einer klimawandelresilienten Gesellschaft, in der das menschliche Wohlergehen gesichert ist. Entsprechend verantwortungsbewusst muss unser Umgang mit ihm sein.

Auf dieser Grundlage fordern wir eine qualifizierte nationale Waldstrategie, die insbesondere die folgenden Herausforderungen berücksichtigt:

Sachliche Forderungen zur Ausgestaltung des Maßnahmenprogramms „Deutschlands Wald im Klimawandel“ und der Formulierung einer Waldstrategie 2050

1. In erster Linie ist von der Bundesregierung aufzuzeigen, wie im Rahmen eines strategischen Prozesses zur angemessenen Analyse der derzeitigen Waldkrise und ihrer Ursachen sowie der Erarbeitung von Strategien für einen zukunftsfähigen Wald die Beteiligung aller relevanten Ressorts (u.a. inkl. BMEL, BMU, BMBF), aber auch der relevanten Wissenschaftsbereiche und Akteursgruppen sichergestellt werden kann.
2. Der grundsätzlich ergebnisoffene und fortgesetzte Prozess für eine angemessen umfassende und komplexe Waldstrategie 2050 muss so organisiert werden, dass eine hinreichende und echte Partizipation von Akteursgruppen erfolgt. Dabei dürfen nicht Partikularinteressen auf der gleichen Ebene von Gemeinwohlinteressen betrachtet werden.
3. Im Strategieprozess muss die Darstellung des verfügbaren und relevanten Wissens unabhängig von den Interessen der Akteure erfolgen. Die Vielfalt der relevanten Wissensbereiche – auch jenseits der klassischen Forstwissenschaften – muss dabei zur Geltung kommen. Als wesentlicher Input für den Prozess ist ein periodisch vorzulegendes nationales Waldökosystem-Gutachten (nationales Waldökosystem-Assessment)



Kahlgeschlagene, beräumte und flächig befahrene Flächen nach Waldbrand in Brandenburg

zu konzipieren und umzusetzen, welches nicht allein von Vertretern der nachgeordneten Behörden der Ministerien des Bundes und der Länder verantwortet wird, sondern von einem unabhängigen interdisziplinären Wissenschaftlergremium angeführt und verfasst wird.

4. Das zu erarbeitende nationale Waldökosystem-Gutachten muss weit über die bisherigen Bundeswaldinventuren hinausgehen und einschließen:

- a. die umfassende Darstellung des Wissensstandes zu den Wäldern in Deutschland, ihrer aktuellen Situation und ihrer Veränderungen sowie deren Treiber und der realistischen Trends und Szenarien samt resultierender Möglichkeiten und Risiken
- b. die Bewertung der Veränderungen der standörtlichen Verhältnisse sowie des Potenzials für natürliche Wiederbewaldung bzw. Waldentwicklung,
- c. die Bewertung der Einflüsse anderer Sektoren auf die Situation der Waldökosysteme,
- d. eine multivariate Analyse des Waldzustands (u.a. unter Berücksichtigung von standörtlichen Verhältnissen, Geschichte und wesentlicher Charakteristika der Bestände, Größe der Waldflächen, Zerschneidungsgrad/Wegedichte, Besitzarten)
- e. die kritische Evaluierung von forstlichen Praktiken bzgl. ihrer realen und potenziellen Auswirkungen auf Waldökosysteme,
- f. eine davon abgeleitete Katalogisierung der *Best & Worst Practices* und ihrer Effekte,
- g. die angemessen umfassende volkswirtschaftliche Bewertung des aktuellen Waldbewirtschaftssystems und der verschiedenen Besitzarten,
- h. eine partizipative und wissenschaftlich breit angelegte Bedarfs- und Potenzialanalyse der von den Waldökosystemen Deutschlands bereitgestellten Ökosystemleistungen mit besonderem Fokus auf im Klimawandel benötigten regulierenden Leistungen,
- i. die systematisch aufzubereitenden Lehren, die sich aus jeweils neuesten Ergebnissen der Wald-

forschung, dem Waldökosystem-Management und dem Umgang mit Kalamitäten auch in anderen Ländern ergeben (u.a. Landwirtschaft, Zerschneidung/Konnektivität, Wiederbewaldung),

- j. die explizite Darstellung von Wissenslücken, möglichen Blindspots und den mit ihnen verbundenen Risiken und den möglichen Strategien für einen angemessenen Umgang mit Nichtwissen,
 - k. ein aus sämtlichen Erkenntnissen resultierendes strategisches Portfolio zur Umsetzung durch die unterschiedlichen relevanten waldbezogenen Akteursgruppen.
5. Es bedarf der Konzeption eines Wald-Governance-Systems, welches auf Grundlage der periodischen und von Strukturen der Forstverwaltung unabhängigen Evaluierungen ein gut dokumentiertes adaptives Management garantiert, welches insbesondere Fehler und Misserfolge dokumentiert und systematisch auswertet.
6. Angesichts der großen Unsicherheit der weiteren Klimaentwicklung und der komplexen Reaktionen der Waldökosysteme, die Wissenschaft und Praxis schon in wenigen Jahren überraschen können, kann eine Waldstrategie 2050 nur adaptiv angelegt und durch adaptive Governance mit Leben erfüllt werden.
7. Auf der fachlichen Grundlage des nationalen Waldökosystem-Gutachtens und der periodischen Evaluierung sind die Angemessenheit sowie die Effektivität der Waldgesetzgebung zu überprüfen und durch gesetzgeberisches Nachsteuern nachweislich zu erhöhen.
8. Es müssen Mittel bereitgestellt werden, um Einrichtungen der waldbezogenen Bildung und Ausbildung in die Lage zu versetzen, dem erweiterten und veränderten Anforderungsprofil von Waldökosystemmanagern gerecht zu werden.